



HESSISCHER LANDTAG

20. 01. 2026

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Feuerwehren zukunftsfähig aufstellen – Bürokratie verringern, Ausstattung verbessern, Nachwuchs gewinnen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag dankt den rund 70.000 ehrenamtlichen Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren, die in Hessen bei über 2.400 Orts- und Stadtteilfeuerwehren unentgeltlich zu jeder Zeit bereit sind, Menschen aus Notlagen zu befreien, Leben zu retten, Sachwerte und vor allem Menschen vor Gefahren zu schützen. Der Landtag spricht auch den 1.700 Feuerwehrbeamtinnen und -beamten der sieben Berufsfeuerwehren in Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Kassel, Offenbach, Gießen und Hanau sowie den 2.200 Feuerwehrangehörigen der 57 Werksfeuerwehren, die tagtäglich einen großen Dienst für uns alle leisten, seinen ausdrücklichen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Bereich technischer Hilfsleistungen aus. Dafür gebührt ihnen Respekt und Anerkennung.
2. Brand- und Katastrophenschutz haben in Hessen höchste Priorität. Der Landtag stellt fest, dass das Land die kommunalen Träger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich Brandschutz seit vielen Jahren mit Rekordmitteln für Fahrzeugbeschaffung, bauliche Maßnahmen, Ausrüstung und Ausbildung unterstützt. 2025 standen mehr als 21 Millionen Euro für die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und Feuerwehrhäusern zur Verfügung. Damit konnten im letzten Jahr 135 Fahrzeuge angeschafft und 60 bauliche Maßnahmen realisiert werden. Bereits im Jahr 2024 hatte das Land rund 20 Millionen Euro für die Förderung von Fahrzeugbeschaffungen und Baumaßnahmen der kommunalen Feuerwehren bereitgestellt.
3. Der Landtag begrüßt, dass auch im Haushalt 2026 keine Kürzung der Brandschutzförderung vorgenommen wurde und es das erklärte Ziel der Landesregierung bleibt, auch zukünftig den Kommunen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um Feuerwehren bestmöglich auszustatten. Dies ist angesichts der Tatsache, dass Vorhaben im Feuerwehrbereich für die Kommunen, die Aufgabenträger für den Brandschutz und die allgemeine Hilfe sind, oft finanzielle Kraftakte darstellen, besonders wichtig.
4. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen die Zahl der Aktiven in den Kinder- und Jugendfeuerwehren kontinuierlich steigt. Rund 26.000 Jugendliche und 18.000 Kinder engagieren sich in den Nachwuchsorganisationen der Freiwilligen Feuerwehren. Ein Drittel sind Mädchen. Um langfristig den Brand- und Katastrophenschutz zu gewährleisten, arbeiten immer mehr Feuerwehren und im Katastrophenschutz engagierte Hilfsorganisationen mit Schulen, die meisten davon Ganztagschulen, zusammen. Feuerwehren und Hilfsorganisationen können eine Zuwendung des Landes für ihre Schulangebote erhalten. Je nach Anzahl der Schulstunden gibt es eine Förderung von 400 bis maximal 800 Euro. Sogenannte Dauerangebote, die das ganze Schuljahr laufen, werden sogar mit bis zu 5.000 Euro gefördert. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung einen „Hessischen Tag der Einsatzkräfte“ einführen will, um die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften noch mehr in den Fokus zu rücken. Der Landtag begrüßt ausdrücklich das Projekt „Wiederbelebung“, an dem im Schuljahr 2024/25 bereits 210 Schulen teilnehmen, und das bis 2028 flächendeckend an allen weiterführenden Schulen in Hessen für die 7. Klassen angeboten werden soll, sowie die Aufnahme von Themen des Bevölkerungsschutzes in das bereits funktionierende System der Brandschutzerziehung an hessischen Kindertagesstätten und Schulen.

5. Der Landtag unterstützt die geplante Anhebung der Altersgrenze für den aktiven Dienst in den freiwilligen Feuerwehren um zwei auf 67 Jahre. Sie trägt dem Bedürfnis der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden Rechnung, die länger aktiv bleiben wollen, und stärkt die Einsatzabteilungen, indem die hohe Kompetenz älterer Kameradinnen und Kameraden erhalten bleibt. Auch im Bereich der Feuerwehren müssen Standards abgebaut werden, um insbesondere kleinere Feuerwehren zu stärken. Der Landtag begrüßt daher, dass die Landesregierung im Brand- und Katastrophenschutz nicht nur Standardabweichungen, sondern auch Modellvorhaben ermöglichen wird.
6. Der Landtag begrüßt die vom Hessischen Innenministerium vorgelegten Handlungsempfehlungen „Musterfeuerwehrhaus Hessen“, mit dem insbesondere Kommunen in ländlichen Regionen bei der Planung und dem Bau von Feuerwehrhäusern unterstützt werden. Der Leitfaden spart Zeit, Geld, Kapazitäten und verringert den bürokratischen Aufwand. Städte und Gemeinden, Planungsbüros und Verantwortliche erhalten ein praxisnahes Instrument für die Realisierung eines leistungsfähigen und kosteneffizienten Feuerwehrhauses.
7. Der Landtag begrüßt es, dass das Land im Zuge des Abbaus von Vorgaben es den Feuerwehren selbst überlässt, die Farbe der Einsatzkleidung nach Bedarf zu wählen. Als Alternative zu blau kann so auch sandfarbene Einsatzbekleidung getragen werden. Die Farbfreigabe geht auf einen Impuls des Landesfeuerwehrverbandes zurück, der diese Änderung angeregt hat.
8. Der Landtag verurteilt jede Form der Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte. Die zunehmende Bedrohung von Einsatz- und Rettungskräften ist inakzeptabel und nicht hinnehmbar. Einsatz- und Rettungskräfte sind in besonderem Maße Aggressionen und Gewalttaten ausgesetzt. Sie verdienen die höchste Wertschätzung durch Politik und Zivilgesellschaft. Gewalt, Bedrohungen, Beleidigungen und Einschüchterungen dürfen in Hessen und Deutschland keinen Platz haben.
9. Der Landtag begrüßt das Respekt-Paket und dass die Bundesregierung ein Gesetz auf den Weg bringen will, um den Strafraum bei Übergriffen auf Einsatzkräfte zu verschärfen. Die Initiative der Bundesregierung greift Forderungen auf, die Hessen seit längerem vertritt. Mit der Erhöhung der Mindeststrafe von drei auf sechs Monate und bei Angriffen aus dem Hinterhalt von einem Jahr Freiheitsstrafe wird auf die gestiegene Zahl von Angriffen auf Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr reagiert.
10. Der Landtag begrüßt den zeitgemäßen Ausbau und die Fortentwicklung des Angebots der Landesfeuerwehrschulen in Marburg und Kassel und insbesondere die E-Learning-Angebote, die theoretische Inhalte online vermitteln und mit praktischen Übungen kombinieren und damit eine flexible, zeit- und ortsunabhängige Weiterbildung ermöglichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. Januar 2026

Für die Fraktion

der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Für die Fraktion

der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:

Tobias Eckert